

naht hat, wird parallel durch die Prüfung mit Urteilen und Umfragen. Wie lange noch will eine bedeutende Zahl namhafter Intellektueller aus interpolitischen Beweggründen die rechtsradikalen Strömungen fördern, die aufgenutzte politische Gewalt ihrer eigenen Pläne durchzusetzen, ihre wirtschaftspolitischen Anstrengungen zunichte machen?

Hugenberg und Hillers können nun geheißen, wenn das deutsche Volk in hängiger Unruhe erhalten wird. Das Deutsche Reich aber bedarf, wenn es aus der Katastrophe der Krise wieder emporkommen und zu einiger Prosperität gelangen soll, des Vertrauens in seine Zukunft, und deshalb der inneren Stabilität. Das ist der Gegenstand der Interessen, der in dem Bestreben der „nationalen“ Opposition fast genug zum Ausdruck kommt.

*

An der gestrigen Tagung der sogenannten „nationalen“ Opposition haben außer Hugenberg und Hillers noch die nationalsozialistischen Abgeordneten Fried und Goering sowie der deutschnationale Abgeordnete Stubbenborg und andere unbedingte Gesellschaftern zugehört. „Eisbahn“ und Landbau waren nicht vertreten.

Die Reichswehr beim Kavallerietag

Nur ganz geringe Beteiligung

Offenbar, um den vielfach befürchteten außenpolitisch ungenügenden Rückstellungen der bevorstehenden Dresdener Tagung des „Waffenringes“ der deutschen Kavallerie entgegenzutreten, wird jetzt an militärischer Seite bekannt, daß sich hier um eine rein private Besetzung handelt. Eine Beteiligung der Reichswehr durch Beurlaubung einiger Standarten und kleinerer Abteilungen sei zugefallen worden, nachdem einwöchentlich festgelegt worden sei, daß irgendwelche, den bestehenden Schlußlinien zumiderlaufende Verträge ausgeschlossen seien. Zum Schluß derzeit die amtliche Mitteilung darauf, daß nach den bisherigen Erfahrungen Besamstellungen, auf deren Programm die Reichswehr eine Entsendung habe, einen jeden Tag abweisenden Verlauf genommen haben.

Ein neuer „Nichtwiederkehrer“

Der bisherige Leiter der Getreideabteilung der sowjetrussischen Handelsvertretung in Hamburg, S. S. W. W. W. W., kehrte des russischen Volkswirtschaftlers in Paris, hat der amtlichen Aufseher, nach Moskau zurückgekehrt, nicht Folge geteilt und ist in der „Sowjet-Russland“ der Sowjetunion, der revolutionären Wirtschaftspolitik gegen die Stalin-Russ, beigetreten.

Damals, der maßgebenden Einfluss auf die Abwicklung des russischen Getreidegeschäftes hatte, war aufgegeben worden, „zur Erhaltung“ nach Moskau zu kommen. Durch Freunde erhielt er, daß seine Ablehnung der Stalinischen Agrarpolitik in Europa bekannt geworden und der W. P. U. als sowjetrussischer Mitglied der bolschewistischen Partei und während mehrerer Jahre im höchsten Volkswirtschaftler in Moskau tätig.

Anlage gegen General Ando

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MADRID, 9. JULI

Gegen den General Martini Ando, den ehemaligen Innenminister und Reichspräsidenten der Diktatur, wurde vom Generalstab der Republik eine Anlage wegen Intrigue im Amt und Verleumdung des Reichspräsidenten eingeleitet. Martini Ando befindet sich jetzt in der Schweiz, einer Aufenthalt, der die Kriegsmarine zu stellen, leistet er unter dem Vorwand, erkrankt zu sein, keine Folge.

Die prominenteste schlagende Öffentlichkeit der Nationalversammlung wird durch verschiedene Maßnahmen bewogen, daß die Beratungen über die Verfassung nur durchgeführt werden können. Zu diesem Behufe wird die Redezeit auf dreißig Minuten beschränkt, auch werden keine Ausfälle gestattet.

Die Führerkrise im Zionismus

BASEL, 9. JULI

In einer Resolution des Zionistenkongresses hielt Professor Weizmann, seit einjährig Zehnjährigen der unumstrittenen Führer der Zionisten-Organisation, seine nachdrücklichste letzte große öffentliche Rede, in der er sich mit seinen Gegnern auseinandersetzte.

Weizmann machte ihnen zum Vorwurf, daß sie mit Ausnahme der Zionisten, die im Zionismus nicht vertreten waren, nicht den Zionismus hatten, ihre Mitbestimmung an der zionistischen Politik der letzten Jahre zu verlassen. Er wählte sich entscheidend dagegen, daß er den bevorstehenden Rat in Palästina in seiner jetzigen für die Juden sehr ungenügenden Gestalt angenommen hatte. Er habe vielmehr ausdrücklich seine Zustimmung von einer notwendigen Round-Table-Konferenz zwischen Juden, Arabern und englischer Regierung abhängig gemacht. Alles konnte übrigens darüber, daß das Kompromiß durchgeführt wurde, auf dem der bekannte Rat „Balfour“ beruhe.

Der Rede Weizmanns folgte nur schmaler Beifall, ein Zeichen, wie sehr der bisher verehrte Führer die Öffentlichkeit seiner Anhänger verloren hat.

Die Zionisten auf die Neubildung einer Leitung der zionistischen Organisation sind noch sehr unbestimmt. Man spricht von S. S. W. W. W., dem weit über 70-jährigen Präsidenten der Organisation, als neuem Präsidenten der Gesamtorganisation, was aber wohl nur eine Fiktion wäre, so daß es dann darauf ankomme, unter einer Leitung die Organisation und ihre Politik wieder führen müßte. Auf die weitere Mitarbeit Weizmanns, wie man aus den Kreisen seiner Umgebung hört, ist kaum noch zu rechnen, selbst wenn sie in der Beteiligung zum Kongress gewünscht werden sollte.

Aufzugs- und Uniformverbot in Bayern

Das Ende der Provokationen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MÜNCHEN, 10. JULI

In Bayern ist man nach wie vor fest entschlossen, die Staatsanwaltschaft eindeutig klarzustellen und die planmäßige Hege der Rechtsradikalen auf politischem und kulturellem Gebiet zu unterbinden. Nach den Provokationen der Hitlerleute gegenüber der Münchener Polizeidirektion greift das Innenministerium mit Genehmigung des Ministerrats zu generellen Aufzugs- und Uniformverboten für das ganze rechts- und linksradikale Bayern.

Damit ist der allseitigste geübten Zermürbungstaktik, durch Verhinderung von Massenaustritten und Demonstrationen zu vermeiden, ein Ende gemacht. Auch erhalten die kritischen Stellen Handhaben zum wirksamen Schuß des Fremdenvertriebes, den zu

führen erst gestern wieder der Rationalsocialist Oeffler im Münchener Stadtrat gebührt hat.

Wie politischen Veranlassungen unter freiem Himmel einschleichen die Aufzüge und Propagandaaktionen fast häufig verboten, gestilligt, als uniformiert oder zivil. Das Uniformverbot stützt auf der Rotenregierung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausbreitungen und verbietet für alle politischen Vereinigungen Ableben, also auch für Einzelpersonen, das Tragen einschleichen Kleidung und Abzeichen mit Ausnahme der sogenannten Bundesabzeichen. Die beiden bedeutendsten neuen Verbote treten sofort in Kraft und gelten bis 30. September.

Nach der Sena der Münchener Unruhe hat sich endlich zu einer Zeit aufgehoben. Im Rahmen der Gesamtunterdrückung der Radikalführer ist gegen den Hochfuhrer-Gruppenführer des nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes München, Gottfried Reiff, ein Disziplinerverfahren eröffnet worden.

Korruption im rechtsradikalen Gotha

Offener Brief eines Standartenführers an Hitler

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WEIMAR, 10. JULI

Die „Erfurter Exkursion“ veröffentlicht heute unter der Überschrift „Der Korruptionslump der Gothaer Parteiführer“ einen offenen Brief des nationalsozialistischen Standartenführers Erbe in Gotha an Adolf Hitler, in welchem es u. a. heißt: „Das, was Sie wollen und was im einzelnen getrieben wird, ist nicht mehr in Einklang zu bringen, und daran müssen wir zu Grunde gehen. Wie oft habe ich draußen in den Verfassungen gesprochen und auf die Korruption, Schmutzigkeiten, Niederträchtigkeiten und Lumpereien anderer Gegend hingewiesen. Und wie heißt es bei uns? Niederträchtigkeit, Korruption und Sclerose in gemischter Form zwingen mich, Ihnen heute meinen Austritt zu erklären.“

Wie beurteilen wir die Verleumdung am Volke und wie sieht es bei uns aus? Die Gauführer müssen mindestens zwei bis drei Wagen haben, eigene Chauffeure, Akademiker überall! Die Gehälter sind auch nicht so knapp und die Diktoren werden selbstverständlich auch noch mitgefährt. Und dann spricht man von

notteilen! Der Ortsgruppenführer in Gotha, der Hg. Paul Senaide bekommt sein Gehalt als technischer Eisenbahninspektor mit über 500 Mark monatlich weiter ausgezahlt und dazu über 500 Mark als Landtagsabnehmer.

Und man sollte meinen, mit einem solchen Betrag müßte dieser Herr in der heutigen Gotha auskommen! Aber da keine Hilfe bei der Kassenprüfung heraus, daß der Jagd des Herrn Senaide von über 400 Mark von den Geldern der Ortsgruppe der NSDAP, bezahlt worden ist. Da heißt sich weiter bei Kassenprüfungen heraus, daß Herr Senaide große Beträge laufend aus den Parteikassen entnehmen hat, gegen Diktandstellung natürlich, aber ohne Angabe des Verwendungszweckes!

Der Korrupter der Ortsgruppe hat den Ausbruch unter Jochen gehen, daß ihm Herr Senaide „in die Tasche“ schickte, wenn er kein Geld herausbrachte. Das Amt des Herrn Senaide wird von der Gothaer Polizei unterhalten und Hunderte von Mark werden zur Unterhaltung aus den Parteikassen genommen, und dann legt man Sammellisten auf und geht von Haus zu Haus, um für den Kampfzug zu sammeln.“

Staatsfeindliche Propaganda in Pommern

Unterstützt von landwirtschaftlichen Genossenschaften

Im Landtag, der heute in die Sommerferien geht, mußte der deutschnationale Abgeordnete von Rabe zeigen, daß die Pommernischen landwirtschaftlichen Genossenschaften an drei Stellen an der Verlagsgesellschaft „Pommersche Reichsliste“ mit erheblichen Beträgen beteiligt haben. Dieser Betrag gibt die „Pommersche Reichsliste“ heraus. Diese Zeitung, die alle mit großem finanziellen Mitteln arbeitet — eine Tatsache, die in Widerspruch zu den Aufgaben der landwirtschaftlichen Genossenschaften steht — vertritt die Rechte und die preussische Öffentlichkeit in jeder Weise und ist die Grundlage späterer ausgiebiger und nationaler Kritik. Abg. von Rabe meint allerdings, daß das Blatt der nationalen Haltung des pommerschen Landvolkes entspricht.“

Ein vom Hauptausfluß aufgestellten Programm zur Mitberingung der Erwerbslosigkeit ist keine Ausnahme. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird eine vorübergehende Beteiligung der Arbeitstätigen vorgeschlagen; Mittel für Meliorationen, Aufstellungen, für die Instandhaltung und Modernisierung von Anstalten und den Umbau von Großwohnungen in Kleinwohnungen sollen bereitgestellt werden, um so neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Ein kommunistischer Antrag, der fordert, daß die vom Reichstag am 1. Oktober d. J. ausgeprochenen Renteleistungen von etwa 1 bis 1 1/2 Millionen Reichsmark zurückgenommen werden sollen, wurde an den Interfraktionenausschuß verwiesen.

An der Ausbreitung bediente der sozialdemokratische Abg. Röhlig, daß Landtag und Ministerium keine Möglichkeiten hätten, die Berliner Junglerer-Rückbildungen rückgängig zu machen, daß aber auch die Stadt Berlin nicht anders handeln könne, weil ihr die Mittel fehlen, um die Junglerer im Amt zu behalten.

Der Staatsratsmitglied Abg. Dr. Wagner meinte, die Rat der Junglerer könne nicht durch die Stellung unersetzlicher Anträge gemindert werden. Man werde im Interfraktionenausschuß zu prüfen haben, ob der ersten Lage der Junglerer beizukommen sei.

Annahme fand ein Antrag auf Erhöhung der Mittel für Erziehungsanstalten an leistungsschwachen Schulerkände.

Wie der Hauptausfluß vorgeschlagen hat, lehnte der Landtag es ab, die Altersgrenze der Richter auf das 67. Lebensjahr heraufzusetzen.

Auf Verlangen des Präsidenten erklärte sich das Haus damit einverstanden, daß dieser die Tagesordnung für die nächste Sitzung am Dienstag, 13. Oktober d. J., selbst festsetze. Dann entließ Vizepräsident Baumhoff die Abgeordneten in die Sommerferien.

Hoover optimistisch

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

NEW YORK, 10. JULI

In Pariser Meldungen war behauptet worden, daß Deutschland die am Mittwoch fällig werdende Reparationsrate noch bezahlen müsse. Demgegenüber hat heute eine autoritative Erklärung des Staatsdepartements veröffentlicht, in der es wörtlich heißt: „Selbst wenn von Frankreich noch die formelle und offizielle Zustimmung ausgeht, wird Deutschland nicht verpflichtet sein, auch nur einen Pfennig der Mitte Juli fälligen Monatsrate zu zahlen.“

Im übrigen glaubt Hoover nach einer Meldung der „New York Times“ bezüglich der Ratifikation des Moratoriums durch den Kongreß durchaus zuversichtlich zu sein, denn 70 Senatoren und 205 Mitglieder des Repräsentantenhauses hätten sich verpflichtet, ihren Plan zu unterstützen, so daß eine sichere Mehrheit gewährleistet sei. Man glaubt übrigens, daß die übrigen Kongreßmitglieder sich ebenfalls günstig zu dem Schritt des Präsidenten stellen werden.

Die Antwort, die Hoover gestern an den Reichspräsidenten gegeben hat, hat folgenden Wortlaut: „Zu großer Genugtuung habe ich Ihr Telegramm vom 7. Juli erhalten, ich hege die aufrichtigste Hoffnung und Erwartung, daß der den Nationen der Welt vorgelegte und von Ihnen angenommene Plan das Vertrauen aller Völker untereinander wieder beleben und ihre Wohlthat fördern möge. Verbleib Hoover.“

Reinner kandidiert für die Bundespräsidentenschaft

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 10. JULI

Die Wahl des Bundespräsidenten, die nach der abgelaufenen Berlesung Österreichs durch Volksabstimmung vorzunehmen ist, und die im Oktober hätte stattfinden sollen, wird voranzuführen unter der Begründung auf das freilich größte Schicksal verloren werden, daß verhältnismäßig großen Kosten einer solchen Volksabstimmung bei der jetzigen Finanzlage erpart werden müßten.

In Wahrheit tragen die Christlichsozialen, die selbst die Vollabstimmung durch Dr. Seipel erzwungen hätten, jetzt Sorge, daß ihre Kandidat die Mehrheit im Lande nicht würde finden können. Dr. Seipel, der jetzige Bundespräsident, konnte im Nationalrat nur dadurch gewählt werden, weil sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten, während Christlichsozialen und Landbau an ihrer Gegenabstimmung Dr. Seipel beistanden. Für die kommenden Wahlen haben die Sozialdemokraten aber ihren eigenen Kandidaten Dr. Reinner aufgestellt, und es wäre schon möglich, daß bei einer Fertigstellung unter den Bürgerlichen Dr. Reinner das Rennen machen würde.

Die Mehrheit für Berlins Etat

Städtisches Arbeiten

Der harte Kampf um den Etat der Stadt Berlin ist nach monatelanger Arbeit endlich beendet. Es hat sich schließlich für alle Teile des Haushaltsentwurfs und für den Endbeschluss eine Mehrheit gefunden, die bereit war, die Verantwortung für diesen Etat zu tragen. Trotzdem glauben wir nicht, daß der Etat für die kommenden Jahre als ein Fortschritt zu den Schlussfolgerungen über den Etat zusammengefasst, Siegeserwartungen entgegenhat. Der Oberbürgermeister wird sich keine Illusionen darüber machen, daß die Mehrheit von 104 gegen 99 Stimmen eigentlich eine Minderheit von 107 gegen 118 war. Es dürfte zwar kein Zufall sein, daß bei den Etatparteien nur drei Stadtvorordnete fehlten, während bei der Opposition 18 Stadtvorordnete absendend waren, und einer eine unzulässige Stimme abgegeben hat. Wenn die Mitglieder der oppositionellen Fraktionen wirklich ein ernstliches Interesse daran gehabt hätten, den Etat zu Ja zu bringen, so wären sie eben in genügender Zahl gekommen. Daß sie es nicht taten, ist ein Beweis dafür, daß sie den Etat lediglich gegen ihre Stimmen annehmen wissen wollten.

Dazu kommt aber noch ein sehr viel schwerer wiegender Gesichtspunkt. Auch die Redner der Etatpartei, denen ihr Besatzungsentscheidungsrecht, ihre Zustimmung zu geben, äußerten sich in der Generaldebatte für wenig freundlich über den Aufbau des Haushaltsentwurfs. Aber man mußte diesmal noch den „neuen Herren“ die Entfaltungsgelassenheit lassen, daß sie den von ihren Vorgängern hinterlassenen Plan in der ganz kurzen Zeit nicht einfach vollständig umzupflanzten konnten. Diese Entfaltungsgelassenheit aber — das fest liegt festgelegt — nur für den diesjährigen Etat. Für das nächste Haushaltsjahr wird sich der Oberbürgermeister etwas Neues überlegen müssen. Dazu werden ihm die letzten Etatreden, besonders die ausgezeigten und inhaltsreiche Rede des Stadtrats-Schreibers wichtige Fingerzeige geben. Städtische Kontrollstelle, Vereinfachung und Bereinfachung der städtischen Verwaltung, einflussreicher Baustil, größere Prüfung im Polizeipolizei, das sind nur einige wichtige Gesichtspunkte, die einen Hinweis geben, wie man auf der Ausgestaltung des Etats noch einplanen kann, ohne daß irgendeiner oder irgendwas dadurch geschädigt wird. Wir müssen auch in Berlin in absehbarer Zeit von Gewerkschaften herantreten, die eine unerträgliche Vorbelastung der Wirtschaft unter allen Umständen bedeuten.

Aber noch in einer anderen Hinsicht war die geistige Stadtvorordneterversammlung außerordentlich bedeutungsvoll. Die A. B. G. hat nach einem Jahr mit einem von dem Senat-Vorordneten gestützten Kontrakt einen Vertrag abgeschlossen, der sich auf die Vergabe von immetrischen 35 Millionen Dollar an die A. B. G. bezog. Die Aufsichtsratsmitglieder der A. B. G., prominente Mitglieder der Berliner Stadtvorordneterversammlung, erhielten eine Abschrift des Vertragsentwurfs. Was diesem Vertragsentwurf erhoben ist, daß der Kredit am 31. Juli 1931 fällig sein werde, daß aber dieser Fälligkeitstermin bedauerlicherweise, wenn man sich auf 35 Millionen Dollar in einen Tilgungsschein bei der Senat-Vorordneten zur Amortisation des Kredits eingeschrieben werden. Diese beinahe wichtige Bestimmung des Vertragsentwurfs

wurde ferner jedoch in dem entwürdig abgelehnten Vertrag, in dem der Fälligkeitstermin vom 31. Juli auf den 15. Juli mit beträchtlicher Vorauszahlung zurückverlegt wurde.

Von hier entgegengesetzten Herleitung des Vertrages haben Aufsichtsrat und Stadtvorordneterversammlung niemals Kenntnis erhalten. Erst jetzt durch die Magistratsvorlage stellte sich heraus, wie der entwürdigte Vertrag ausliefe. Selbst wenn wir den günstigen Fall annehmen, handelt es sich um eine unerträgliche Unterlassung. Oberbürgermeister Gahn kann mit Recht sagen, daß er nichts dafür kann, wenn von früherem Willen des Magistrats dieser Vertrag in seiner entwürdigten Form den maßgebenden Instanzen nicht zur Kenntnis gebracht worden ist. Aber dieses Beispiel hat doch gezeigt, wie katastrophale Folgen derartige Verfahren haben können. Die Stadtvorordneterversammlung einschließlich eines großen Teils der Opposition aber, die sich vorzeitig genug, einigten, und ihre Zustimmung zur Einlösung des 25. Ausschusses zu geben, der zur Beschlußfassung berechnigt ist und die Bürgerfür die Stadt Berlin für die übrige lebenden 125 Millionen Mark übernehmen wird. Aber der Oberbürgermeister wird ebenso wie mit einer beträchtlich unerträglichen Diskussion nicht zum zweiten Male erleben wollen. S.—e.

Kreditausschuss erst nächste Woche

Der von den Stadtvorordneten eingeschickte Finanzkommission-Ausschuss zur Beratung und Beschlußfassung über die Bürgerfürsorgeübernahme der Stadt für den fälligen A.B.G.-Kredit wird erst nächste Woche einberufen werden. Heute und morgen werden die Verhandlungen des Ausschusses mit dem Bankkontrakt fortgesetzt, um vorübergehend der späteren Zustimmung des Ausschusses die Protokollunterlagen für den Kredit festzulegen. Die Basis für diese Verhandlungen bildet die sofortige der am 20. v. S. der fälligen Schuld unter Verminderung der am 20. v. S. der fälligen Schuld mit einer einjährigen Prolongation des Restbetrages mit für die Stadt tragbarer Rentenzugangstreit wird.

Der Aufsichtsrat der Berliner Betriebs-Gesellschaft trat heute vorzeitig zusammen, um ebenfalls über den Kredit zu verhandeln. Nach eingehender Ausdeutung der Aufsichtsrats-Vorarbeiten, den Bürgermeister Gahn, zur Führung der Prolongationsverhandlungen zu bevollmächtigen.

Etat auch vom Magistrat verabschiedet

Auch der Magistrat hielt heute vormittag eine Sitzung ab, um sich mit der Beschließung des Haushaltsplans zu beschäftigen. Der Magistrat trat dem Beschluß der Stadtvorordneterversammlung über die Festsetzung des Haushaltsplans in Einmütigkeit und Ausgeben vollständig bei. Demnach tritt der Berliner Etat in Kraft.

Über die verabschiedeten, während der Haushaltsberatung angenommenen Entwürfe wird der Magistrat erst später Bescheid wissen. Einigen von ihnen, z. B. der Kündigung des Volkshilfsdienstes und der Freistellung der Einkommen bei 5000 Mark von der Gemeinsteuer, wird er teils aus tatsächlichen, teils aus rechtlichen Gründen voraussichtlich keine Zustimmung verweigern.

Zwei Polizei-Beamtinnen erschießen sich

Schwerer Konflikt bei der Hamburger Kriminalbehörde

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 10. JULI

Unter den Beamtinnen der weiblichen Kriminalpolizei Hamburgs haben sich zwei außerordentlich heftige Ereignisse ereignet. Die Polizeipräsidentin und die Oberstaatsanwältin, sowie zwei ungarische Häftlinge, die vor einem Jahr in vorigen Wochen den Dienst verlassen und in einen Brief an den Polizeipräsidenten Dr. Schlusky angehängt, daß sie sich auf der Polizeipräsidentin Weidmann gemeinsam das Leben nehmen würden. Der stellvertretende Polizeipräsident Hamburgs, der die beiden Frauen als ungewöhnlich tüchtige und zuverlässige Beamtinnen kannte, amweilte ihnen Augenblick an dem Ernst dieser Drohung. Er konnte sofort einen litten Beamten nach Weidmann, um die Sache zu klären, wenn möglich, noch zu verhindern. Die beiden Frauen waren aber nicht mehr zu haben. Ihre Köpfe wurden zwei Tage später bei Weidmann aufgefunden und anschließend aufgefunden waren die Beamtinnen mit ins Meer hinausgeschwommen, haben sich dort mit einer Dosismörtel Schüsse in den Kopf begeben und sind dann in der Nordsee untergegangen.

Über die näheren Umstände des tragischen Freitodes erzählen wir noch folgende Einzelheiten: In der Hamburger weiblichen Kriminalpolizei sind zwei ungarische Häftlinge, die vor einem Jahr in vorigen Wochen den Dienst verlassen und in einen Brief an den Polizeipräsidenten Dr. Schlusky angehängt, daß sie sich auf der Polizeipräsidentin Weidmann gemeinsam das Leben nehmen würden. Der stellvertretende Polizeipräsident Hamburgs, der die beiden Frauen als ungewöhnlich tüchtige und zuverlässige Beamtinnen kannte, amweilte ihnen Augenblick an dem Ernst dieser Drohung. Er konnte sofort einen litten Beamten nach Weidmann, um die Sache zu klären, wenn möglich, noch zu verhindern. Die beiden Frauen waren aber nicht mehr zu haben. Ihre Köpfe wurden zwei Tage später bei Weidmann aufgefunden und anschließend aufgefunden waren die Beamtinnen mit ins Meer hinausgeschwommen, haben sich dort mit einer Dosismörtel Schüsse in den Kopf begeben und sind dann in der Nordsee untergegangen.

Polizei nach Hamburg gekommen und hatten hier eine weibliche Kriminalpolizei in großem Umfang aufgebaut. Diese Polizei und ihre Leiterin, die schnell avancierte, erzeuften sich der besonderen Förderung des Polizeikommandanten Schindler, der hier eine Möglichkeit bot, den Polizeibetrieb in sozialen und sozialistischen Kreisen zu verankern und auszugestalten. Besonders die Leiterin, Frau Regierungsrätin Gens, ist in der internationalen Frauenorganisation als Vertreterin einer weiblichen Polizei nach Hamburger System fähig herangezogen und ihre neuartigen soziologisch-psychologischen Tätigkeitsbereiche sind in der weiblichen Polizei nicht zu bestritten worden.

Selbstmordversuch eines Berliner Waffenhändlers

Nach der Verhaftung

Der Waidmannsdorfer Seele in der Auguststraße 78, in dessen Räumen, wie wir berichteten, gestern ein umfangreicher Waffenschatz ausgehoben wurde, hat den Versuch unternommen, sich mit einem Gewehr zu erschießen. Er konnte jedoch durch hinzugekommene Beamte an seinem Vorhaben gehindert werden.

Kopfe ist einer der Vertreter des illegalen Waffenhandels in Berlin, aus dessen Beständen heimlich herbeigeschaffte Feuerwaffen und andere Gegenstände zu erhalten waren. Der Verdacht, daß die Waffen aus amtlichen Beständen der Reichswehr oder der Schutzpolizei stammen, hat sich jedoch nicht bestätigt. Vielmehr ist fest, daß der größte Teil davon jedenfalls für die Polizei bestimmt war, die jedoch die Annahme der Waffen verweigerte.

Alle deutschen Sender auf den deutschen Funk-Schau. Zum erkennen soll ihrem Befehl und die Große Deutsche Funk-Ausstellung, die vom 21. bis 30. August stattfindet, nur allen deutschen Rundfunk-Sendern befolgt werden. In einem großen Raum wird, wie die heute erlassene neue

Stummer der „Achten Tage“ mittelf, die Ende-Gesellschaft in einer Rolle in Wort und Bild über ihre Eigenart und ihre Bestimmung berichten. Neben der Funk-Abteilung, die zum erkennen Gedenke zum Empfang der neuen Antennen-Betten, wird auf auch die Funk-Abteilung und vornehmlich mit dem Kommando-Abteilung vertreten sein. Die weiteren, falls Auftritte und Wohnräume-Einrichtungen für Konfite geistigt und im Betrieb vorgefertigt werden.

Korruption in der hannoverschen Provinzialverwaltung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HANNOVER, 10. JULI

Die hannoversche Provinzial-Regierungverwaltung ist einer weitverbreiteten Bestechungspraxis als die Spur gekommen. Nicht weniger als 40 von den 170 Gemeindefür der Provinz haben von dem Braunschweiger Firma Preuss im Laufe mehrerer Jahre Zahlungen in Höhe von etwa 60 000 Mark erhalten. Diese Firma hat, nachdem der Bestechungspraxis endlich worden waren, andere Mitarbeiter der Provinz, die jedoch, zum Teil lange noch höhere Beträge gezahlt zu haben.

Die Provinzialverwaltung hat sofort Schritte zur planmäßigen Bereinigung nach Unterdeckung an sämtliche Gemeindefür und Mitarbeiter eingeschickt. Es steht noch nicht fest, ob nur eine Annahme von Zahlungen für Auftragsvermittlung vorliegt oder ob auch die Bestechung selbst ohne Zahlungen abgenommen ist. Darüber hinaus wird die Möglichkeit von Verzerrungen in Erwägung gezogen. Man rechnet damit, daß der Kreis der Beteiligten größer wird als bisher feststand. Die Unterdeckung wird, wie bereits angedeutet, auf einer Bestechungspraxis beruht. Die Bestechungspraxis wird neben und außer Unterstützung der Staatsanwaltschaft, sowie genügend Material vorliegt.

Gerüstensturz in Berlin ND

Sechs Arbeiter verletzt

In der Reichshofstraße, in der ein Warenhauslangens ein neues Verwaltungsgebäude baut, stürzte heute vormittag ein Gerüst von in der Höhe des zweiten Stockwerks abgebrochen war und auf dem fünf Arbeiter und ein Steinträger arbeiteten, aus noch nicht geklärt Ursache in die Tiefe. Die sechs Arbeiter wurden von Feuerwehren und Sanitätswagen abgeholt. Vier von ihnen, die Maurer Otto Hofmann aus Bismarck, Sappet aus der Eilinger Straße, Budat aus der Sandberger Allee und Bismarck aus der Mühlstraße, wurden schwer verletzt. Die beiden anderen Arbeiter wurden mit leichten Verwundungen davon und konnten aus dem Krankenhaus am Friedrichshagen, wo ihre Kollegen Aufnahme gefunden hatten, wieder entlassen werden. Eine Kommission der Beauftragten hat sich zur Klärung der Schuldfrage an die Unglücksstelle begeben.

Kein städtisches Kino in Britz. Vor einiger Zeit ging das Gerücht, das Reichsamt Berlin wolle auf dem hiesigen Grundstück Guckelstraße 39 in Britz ein Kino errichten, fast wichtiger Aufgaben in Angriff zu nehmen. Das 10850 Quadratmeter große Gelände (Gaulhof mit Restaurationsgarten) war in Entgeltungsverhandlungen zur Verfertigung der Gebäudearbeiten worden. Das Baugeschäft hat sich aber nicht eingestellt, weil, wenn auch in veränderter Form, durch. Die nicht benötigten 3500 Quadratmeter nebst dem Gaulhof ist es einem Privatmann zur Errichtung eines Kinos zur Verfügung gestellt und ihm eine Sanierung innerhalb zweier Jahre vom Tage des Vertragschlusses an eingeräumt. Der Eigentümer hat den Betrieb auf eigene Gefahr und Kosten einrichten und in den Monaten August und September die vollständigen Vorbereitungen entsprechend angefallen. Der bauliche Zustand macht die Inbetriebnahme erheblicher Hospitalien notwendig.

„Ausreißer“ Jagd in Hamburger Hafen. Der mit mehreren Hunderten beschuldigten 70-Schulden-Matern zum Tage lang wurde die Straßen und über den Hafen von Hamburg fest, hat schwere Schäden angerichtet. Nicht nur verheerende Schläge und Vorkäufte, Barfellen und Schuten, sondern sogar der große Spangenberg „Apolite“, der im Reiter-Bühnenhafen verankert war, wurde von den Seelassen losgerissen. Das Schiff wurde eine Strecke im Strom getrieben, geriet aber glücklicherweise bald gegen die Dämmen (Höfungsgerüst) und blieb dann liegen, so daß es mit nur geringen Schrämmen am Boden und keine anderen Schäden befiel. Das Schiffmännchen der Sozialwerke in Gieselerstraße, Berlin, einem der ganz neuen Hefen Hamburgs, wurde von seiner Beauftragung gelöst, so daß es ins Treiben geriet. Dasselbe passierte einen alten Stiermüllerei. Nach hunderteundert Zählgeit gelang es, alle diese „Ausreißer“ wieder zu fesseln.

Blutige Liebestragödie. Im Wald beim Rindberg bei Gieselerhof wurden die Leichen des Berliner Arbeiterkenners Albin Römberg, Hans Romanmeyer, und die 23jährige Geißte Cilly Weidinger mit Schüssen in der Schilfengegend aufgefunden. Wahrscheinlich hat Romanmeyer zuerst die Weidinger und dann sich erschossen, da er den Revolver nicht in der Hand hielt. Die immer ganz hellen die Bergengeliebte begangen, weil Romanmeyers Mutter ihre Verbindung nicht billigte.

Deutsche Schulkinder Gäste auf englischem Kriegsschiff. Auf der Rielor Bevölkerung den Dank seiner Beauftragung für die freundliche Aufnahme zum Ausbruch zu bringen, hat der Kommandant des englischen Kreuzers „Arctur“, Kapitän Britzel, hundert Schulkinder aus Berlin, die von dem Kreuzer abgeholt, Matrosen hielten die Kinder an Land ab und brachten sie mit Kriegsschiffen an Bord. Dort zeigte man ihnen erst alle Einrichtungen des Schiffes, die der Befragung dienen, und im nächsten Augenblick wurden die Rielor Schulkinder von den britischen Matrosen begleitet.

Weitere Sozialnachrichten in der Beilage

Hierzu eine Beilage

Verantwortlich für die Ausgaben: Willy Saun, Neukölln. Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt wöchentlich. Für Post-Abonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Für Rücksendung unbenutzter Manuskripte Porto beifügen. VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN & CO. BERLIN

